

engagiert!

GEMEINSAM für NRW

Initiative für ein
starkes Ehrenamt

**Freie
Demokraten**

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

engagiert! Gemeinsam für NRW - Thesenpapier der FDP-Landtagsfraktion NRW

I. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement: Zentrum eines starken Gemeinwesens

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind **Stützpfeiler unserer Gesellschaft**. Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen engagieren sich in Vereinen und Verbänden, in Kirchen, im Rahmen gemeinnütziger oder öffentlicher Einrichtungen, als Gruppen oder ganz privat und individuell. In ihrem Einsatz für andere Menschen, für Freiheit und Vielfalt, für die Gemeinschaft und die Heimat bilden sie das Rückgrat der Zivilgesellschaft und des Miteinanders vor Ort. Sie erbringen Leistungen, die staatlich organisiert in dieser Qualität, in ihrer Zielgenauigkeit, in ihrer flächendeckenden Wirkung, sowie so individuell und persönlich nicht erbracht werden könnten. Deshalb ist es auch staatliche Aufgabe, **bestmögliche Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement** zu schaffen und die große Einsatzbereitschaft der Menschen nicht nur anzuerkennen, sondern aktiv zu unterstützen. Denn ohne ein starkes Ehrenamt würden die großen, vielfältigen, in Teilen verfestigten, in Teilen sich stets wandelnden Herausforderungen unserer Zeit den Staat schlichtweg überfordern.

Die FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen ruft deshalb die Initiative "**engagiert! Gemeinsam für NRW**" ins Leben. Denn auch das Ehrenamt und die dort engagierten Bürgerinnen und Bürger selbst stehen vor großen Herausforderungen: von der Nachwuchsgewinnung über bürokratische Hürden für Engagement und Herausforderungen der Digitalisierung bis zu steuerlichen Fragen. Dabei ist es unerheblich, welchen Zweck das Engagement eines einzelnen Menschen, eines Vereins oder einer Struktur verfolgt oder welches höhere Ziel damit angestrebt wird. Denn jeder auch noch so kleine freiwillige Beitrag – sei es für mehr Chancen für Andere, für Vielfalt, für Menschlichkeit, für Freiheit, für Sicherheit oder für eine lebenswerte Heimat - **ist ein wichtiger Bestandteil unseres Gemeinwesens**.

Deshalb wollen wir den Herausforderungen für Ehrenamt und Engagement **gemeinsam mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern**, den Vereinen, den ehrenamtlichen Einrichtungen und Strukturen begegnen. Dazu wollen wir in einen Austausch eintreten. Denn die bestmöglichen Lösungen und Rahmenbedingungen für Ehrenamt und Engagement kann Politik nur gemeinsam mit den Menschen und der Zivilgesellschaft entwickeln. Dafür wollen wir mit allen Interessierten und Betroffenen anhand von sechs Thesen über die Zukunft und mögliche Stärkungen für Ehrenamt und Engagement diskutieren.

II. Sechs Thesen zur Diskussion mit dem Ehrenamt

1. Engagement verdient Wertschätzung und Anerkennung

Allein in den 19.000 nordrhein-westfälischen Sportvereinen sind rund 1,5 Millionen Menschen ehrenamtlich engagiert. Auch das Ausbildungswesen im Rahmen der Selbstverwaltung der Wirtschaft als eine zentrale Säule für Fachkräftenachwuchs, Zukunftschancen und hohe Beschäftigung lebt von erheblichem ehrenamtlichem Einsatz. Diese Strukturen und die dahinter stehenden Menschen erfüllen für unser Gemeinwesen Funktionen von herausragender Bedeutung. Der immaterielle (etwa in Form von Zeit) und materielle (von Verdienstausfall bis zu

tatsächlichen Kosten) Einsatz, der dies erst möglich macht, muss in seiner vollen Breite anerkannt werden und Wertschätzung erfahren. Hier ist auch der Staat als Profiteur von Engagement in der Pflicht. Das gilt für symbolische Anerkennung, wie sie Nordrhein-Westfalen etwa mit dem Engagement-Preis NRW leistet. Das gilt aber auch für die Anerkennung finanzieller Aufwendungen im Rahmen des Steuerrechts. Mit ihrer Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Anhebung z.B. der Übungsleiter- sowie der Ehrenamtspauschale hat die NRW-Koalition hier bereits den richtigen Weg eingeschlagen. Dieses Vorhaben verdient breite Unterstützung.

2. Engagement muss einfacher werden

Wie viele andere Bereiche des täglichen Lebens leidet das Ehrenamt an administrativen Hürden, an intransparenten oder nicht praktikablen Regeln, an Bürokratie. Das gilt etwa für die Ausrichtung von Festen, Umzügen oder auch Konzerten. Diese Veranstaltungen stellen häufig die Höhepunkte des ehrenamtlichen Engagements und des Vereinslebens vor Ort dar – vom Schützenwesen bis zur Freiwilligen Feuerwehr. Es ist richtig, dass hohe Anforderungen an die Sicherheit von öffentlichen Veranstaltungen gestellt werden. Diese müssen aber praktikabel und für die Art, den Umfang und den Ort der Veranstaltung angemessen sein. Hier darf weder Alles über einen Kamm geschoren werden, noch dürfen Auflagen und "Papierkram" zu so hohem finanziellen und organisatorischen Aufwand führen, dass die Veranstaltungen faktisch nicht mehr stattfinden können. Ebenfalls muss kontinuierlich überprüft werden, ob bestimmte Formen ehrenamtlichen Engagements von allgemeingültigen Vorgaben sinnvoll geregelt werden. So ist zum Beispiel fraglich, ob an Bürgerbusse, die im ländlichen Raum häufig einen unverzichtbaren ergänzenden Beitrag zur Mobilität der Bürgerinnen und Bürger leisten, die gleichen Maßstäbe gelegt werden müssen wie an kommerzielle Fahrdienstleister oder Bahnunternehmen. Insbesondere in Bereichen, in denen eine bestimmte Dienstleistung ohne Ehrenamt gar nicht vorhanden wäre, sollte systematisch überprüft werden, wie es den Menschen einfach gemacht werden kann.

3. Engagement benötigt Nachwuchs

Zahlreiche junge Menschen engagieren sich ehrenamtlich. So werden z.B. mehr als 80 Prozent der von Jugendverbänden in Nordrhein-Westfalen jährlich organisierten mehrtägigen Angebote im Bildungs- oder Freizeitbereich von ehrenamtlichen jungen Menschen durchgeführt. Dennoch wird von vielen ehrenamtlichen Strukturen wie etwa in Sportvereinen oder Freiwilligen Feuerwehren über einen zunehmenden Nachwuchsmangel berichtet. So sind in 37 Prozent der Vereine in Deutschland keine jungen Menschen im Alter von 14 bis einschließlich 30 Jahren in ehrenamtlichen Leitungsfunktionen anzutreffen. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert, denn die Beobachtung des ZDF im Rahmen der Berichterstattung zum Internationalen Tag des Ehrenamts trifft zu: "Ohne freiwilliges Engagement würde eine Gesellschaft nicht funktionieren". Vereine könnten deshalb im Rahmen bestehender Förderungen z.B. auch bei der Nachwuchsgewinnung stärker unterstützt werden. Auch bestehende wichtige und hilfreiche Strukturen wie Freiwilligendienste könnten auf einfachere und effektivere Übergänge etwa von einem Freiwilligen Sozialen Jahr in entsprechende Vereine oder Initiativen hin überprüft werden. In Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, die häufig bereits Ausgangspunkt von freiwilligem Engagement insbesondere junger Menschen sind, könnte das Thema ebenfalls noch stärker verankert werden.

4. Engagement erfordert Kooperation

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind in der Mitte der Zivilgesellschaft und des Privatlebens der Bürgerinnen und Bürger verankert. Dennoch sind zahlreiche private Projekte auf die Mitwirkung des Staates oder z.B. auch von Unternehmen angewiesen. So drohten etwa in Erwägung gezogene Reduzierungen des Raumangebots für Bahnhofsmissionen, die wichtige Arbeit dieser Einrichtungen, die von erheblichem ehrenamtlichem Engagement abhängen,

deutlich zu erschweren. Im Gespräch aller Beteiligten konnte dies häufig abgewendet werden. Insbesondere der öffentliche Bereich kann konkretes privates Engagement unterstützen und verstärken. So können die Kommunen Freiwilligen Feuerwehren helfen, indem sie ausreichende Übungsgelände zur Verfügung stellen. Ein weiteres Beispiel sind Initiativen und Vereine zum Schutz der für unser Ökosystem enorm wichtigen Honigbienen, deren Einsatz etwa durch eine kostengünstige Bepflanzung oder Versiegelung öffentlicher Grünflächen konterkariert werden können. Um hier noch bessere Netzwerk- und Kooperationseffekte zu erzeugen, könnten Engagement-Portale und Ansprechpartner in den Verwaltungen auf lokaler Ebene verstärkt eingesetzt werden.

5. Engagement entlastet den Staat

Ehrenamtliches Engagement erfüllt auch Aufgaben, die in vielen Fällen ansonsten staatlich organisiert und finanziert werden müssten. Engagierte Bürgerinnen und Bürger leisten wichtige Beiträge zur Kinderbetreuung, im Bereich der Bildung, in der Gesundheitsfürsorge, bei der Lebensrettung, bei der Betreuung kranker oder behinderter Menschen, zur kulturellen und medialen Vielfalt, bei der Sicherstellung von Mobilität oder zur Integration Zugewanderter, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Staat unterstützt und fördert zahlreiche Strukturen und Projekte zu Recht – es liegt allerdings auch in seinem eigenen Interesse. Die FDP-Landtagsfraktion NRW setzt sich daher für eine regelmäßige Überprüfung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Fördermaßnahmen ein. Aus diesem Grund wurden bereits im Haushalt 2018 von der FDP-Fraktion gemeinsam mit der CDU-Fraktion diverse finanzielle Stärkungen des Ehrenamts vorgenommen. Beispielhaft sind Mittelaufstockungen für den Sport, für Freiwillige Feuerwehren, für Betreuungsvereine und weitere Bereiche mit einem Volumen von insgesamt über neun Millionen Euro zu nennen. Die NRW-Koalition stärkt damit nicht zuletzt auch eine Säule einer anständigen und modernen Sozialpolitik, die bei den Menschen ankommt.

6. Engagement ist auch ein Digitalisierungs-Thema

Ob Betreuungsvereine, Einrichtungen der Wohlfahrtspflege oder Sportvereine – die Digitalisierung bringt große Chancen für das Ehrenamt, zum Beispiel durch individuelle und schnelle Betreuung über größere Distanzen hinweg oder zur schnelleren Erledigung administrativer Aufgaben. Gleichzeitig stellt sie das Ehrenamt aber auch vor Herausforderungen, etwa mit Blick auf den Schutz persönlicher Daten einerseits und auf zum Teil überzogene datenschutzrechtliche Anforderungen andererseits. So ist eine wortgetreue Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung für viele kleine Vereine, bei denen ehrenamtlich engagierte Menschen mit erheblichem Engagement die Mitgliederverwaltung übernehmen, schlichtweg nicht praktikabel. Deshalb müssen vornehmlich drei Themen von der Politik stets im Blick behalten werden: Erstens die Sicherstellung leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen auch in ländlichen bzw. dünner besiedelten Regionen, zweitens die Unterstützung der Digitalisierung im Ehrenamt sowohl in Bezug auf die technische Ausstattung als auch auf die Ausbildung von Kompetenzen und drittens die Überprüfung von Vorschriften mit digitalpolitischem Kontext auf Praktikabilität und Angemessenheit im Ehrenamt.

Um Ehrenamt und Engagement in Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken, **benötigen wir den Austausch mit Ihnen**. Bitte schicken Sie uns Ihre Anmerkungen zu diesen Thesen – aber auch Ihre Erfahrungen, Ihre Fragen und Ihre Ideen –, damit diese in die Politik der FDP-Landtagsfraktion und der NRW-Koalition einfließen können. Schicken Sie uns eine E-Mail an fdp-fraktion@landtag.nrw.de oder schreiben Sie uns: FDP-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf. **Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!**